

Die FDP verschärft ihre Ausländerpolitik

Die FDP fordert eine härtere Gangart in der Ausländerpolitik. Der Westschweizer Flügel wehrte sich vergeblich gegen diese Kursverschärfung.

Katharina Bracher

Die Deutschschweizer seien in Ausländerfragen eben ängstlicher als die Westschweizer, resümierte der Waadtländer FDP-Nationalrat Claude Ruey nach seiner Niederlage im Kampf gegen das Migrationspapier seiner Partei. Vornehmlich Westschweizer Sektionen hatten sich gegen das Zwölf-Punkte-Papier gesperrt, über welches die FDP-Delegierten am Samstag in Zürich zu befinden hatten. Von 39 Änderungsanträgen stammten 19 aus der Westschweiz.

Claude Ruey hatte gar die Rückweisung des gesamten Papiers beantragt, scheiterte aber am Widerstand der Parteipräsidentenkonferenz, die bereits am Freitag getagt hatte. «Das Papier ist zu stark auf Probleme fokussiert», sagt Ruey. Die negative Tonart stehe im Widerspruch zu den Werten der FDP. Zudem sei es falsch, die Ausländer ausschliesslich an ihrem Nutzen für die Wirtschaft zu beurteilen. Kurzfristig hatte Ruey namhafte Parteikollegen zusammengetrommelt, die ihn an der Delegiertenversammlung unterstützen sollten.

Von den Anträgen der Westschweizer Sektionen blieb trotz engagierten Voten von Ruey und Verbündeten wie den Nationalräten Jacques Bourgeois (FR) und Martine Brunschwig Graf (GE) nicht viel übrig. Das Papier wurde in seinen Grundzügen genau so verabschiedet, wie es im Januar unter dem



Nationalrat Philipp Müller konnte sich durchsetzen. (Zürich, 12. Februar 2011)

Titel «Einwanderung gezielt steuern zum Nutzen der Schweiz» den Medien vorgestellt worden war.

Einen der Kernpunkte des Papiers bildet die Begrenzung der Zuwanderung aus Drittstaaten, indem die Hürden für den Familiennachzug erhöht werden. Geht es nach dem Willen der FDP, müssen die Eingewanderten fortan in der Lage sein, für den Lebensunterhalt ihrer Familie zu sorgen. Federführend bei der Ausarbeitung des Papiers war der Aargauer Nationalrat Philipp Müller, der jeden Antrag auf Abschwächung konterte, indem er aus Statistiken zitierte und Fallbeispiele aus der Praxis nannte.

Philipp Müller hat im letzten Herbst bereits zwei parlamentarische Initiativen eingereicht, die unter anderem den Familiennachzug von Ausländern aus

Drittstaaten einschränken sollen. «Ich werde mich der Stimme enthalten müssen, wenn die Vorstösse von Philipp Müller im Parlament zur Abstimmung kommen», sagt die Genfer Nationalrätin Martine Brunschwig Graf. Im Minimum hätte sie sich eine positiver formulierte Einleitung für das Papier gewünscht – eine Einleitung, die «weniger auf die negativen Konsequenzen der Migration fokussiert» gewesen wäre, als dies jetzt der Fall sei.

Parteipräsident Fulvio Pelli betonte in seiner Eröffnungsrede, die FDP wolle weder ein «Schlaraffenland», das jedem Ausländer Aufnahme biete, noch eine «Käseglocke» über dem Land, die jede Einwanderung verhindere. Die Mehrheit der Delegierten stimmte schliesslich der Forderung zu, den Familiennachzug zu begrenzen.